

Öffentliche Sitzung

Protokoll Nr.:	12/2021
Sitzung:	Gemeinderat
Datum:	16.12.2021
Zeit:	19:00 Uhr – 22:25 Uhr
Ort:	Aula Schulzentrum, Alter Postweg 10
Vorsitz:	Bürgermeister Volk
Mitglieder anwesend:	<p><u>Grüne</u> Stadträtinnen Geißler, Groesser, Schlüchtermann und Dr. Welter; Stadtrat Konrad</p> <p><u>FW</u> Stadträtin Stephanie Streib, Stadträte Rehberger, Dr. Rothe, Scholl, KH Streib und Wachert</p> <p><u>CDU</u> Stadträtinnen Oppelt und von Reumont, Stadträte Bernauer, Schendzielorz und Wagner</p> <p><u>SPD</u> Stadträtinnen Linier und Striegel, Stadträte Bergsträsser, Hertel, Hornung und Schimpf</p> <p><u>Linke</u> Stadtrat La Licata</p> <p><u>Ohne Fraktionszugehörigkeit</u> Stadtrat Fritsch</p>
weiter anwesend:	Herr Möhrle, FB 3; Herr Horvath, FB 4; Frau Holzer, FB 2.
Mitglieder entschuldigt:	Stadträtinnen Weber und Weichert, Stadtrat Katzenstein
Urkundspersonen:	Stadträtin Geißler und Stadtrat Fritsch
Sachvortrag:	Herren Robens und Reinhard
Schriftführerin:	Frau Taag

0: **Bürgerfragestunde**

Eine Bürgerin aus Mückenloch, spricht an, dass es im Jahr 2023 in Mückenloch 14 Kinder geben werde, die keinen Kindergartenplatz haben. Sie fragt, welche Möglichkeiten es gäbe, um mehr Plätze zu schaffen.

Der Bürgermeister bestätigt, dass es derzeit im Mückenlocher Kindergarten zwei Krippengruppen und eine Ü3-Gruppe gibt, daher bestünde derzeit die Thematik, dass Kinder die von der U3- in die Ü3-Gruppe wechselten, keinen Platz mehr in Mückenloch bekämen. Er habe hierzu Gespräche mit Herrn Weiher und der Kindergartenleitung geführt. Die Stadt habe die evangelische Kirche aufgefordert, einen Vorschlag zu machen, wie zeitnah zwei Ü3-Gruppen ermöglicht werden können und was dies koste. Darüber müsse dann das Gremium entscheiden, da mit Kosten von 20.000 bis 30.000 Euro im Jahr zu rechnen sei. Die Kirche werde eher Schwierigkeiten haben, das nötige Personal zu finden, Räume seien genügend da.

Die Bürgerin äußert sich erfreut, dass hier etwas passiere. Ihre Kinder wären andernfalls in unterschiedlichen Kindergärten. Sie betont auch den ökologischen Aspekt, wenn Kinder vom Ortsteil nach Neckargemünd gefahren werden müssten.

Ein Bürger aus Mückenloch, fragt, ob die Stadt die Möglichkeit einer Naturgruppe oder eines Waldkindergartens in Mückenloch sehe.

Der Bürgermeister erwidert, einen Bauwagen auf dem Gelände des Kindergartens könne er sich weniger, eine Waldgruppe hingegen gut vorstellen. Das müsse der Träger entscheiden, dann müssten die Kosten in die Bedarfsplanung aufgenommen werden. Es gäbe gerade Jahrgänge mit vielen Kindern. Man müsse auch abwarten, ob der Bedarf temporär oder auf Dauer gegeben sei. Er stehe dem sehr offen gegenüber.

Der Bürger fragt, ob es auch die Option gäbe, dass die Stadt selbst als Träger fungiere. Der Bürgermeister lehnt dies ab. Schon jetzt habe die Stadt Schwierigkeiten, für die bestehenden Betreuungseinrichtungen Personal zu finden. Das sei in der Branche gerade schwierig.

Eine Vertreterin der Initiative Waldwende sagt, sie habe noch nicht so recht das Forum gefunden. Sie mache sich Sorgen um die Zukunft. Der Bürgermeister und der Gemeinderat hätten sicherlich die Briefe von der Initiative Waldwende erhalten und sie bitte darum, nicht auf ein Abstellgleis gestellt zu werden. Sie sei mit Förstern im Kontakt, die alle sagten, sie wüssten nicht, wie es weitergehe. Es müsse ein Umdenken stattfinden, aber das gehe nur über den Gemeinderat, weil der die Zielsetzung festlege. Es dürfe in der Forstwirtschaft nicht mehr nur um finanzielle Aspekte gehen.

Der Bürgermeister widerspricht dem energisch. Finanzielle Aspekte spielten hier für den Gemeinderat seit Jahren eine untergeordnete Rolle. Daher nehme er seit Jahren ein Defizit im Waldhaushalt in Kauf. Wäre er nur auf finanzielle Aspekte aus, würde er die Förster anhalten, den Hiebsatz erheblich zu erhöhen, damit ein Umsatzplus erzielt werde. Auch heute stimme der Gemeinderat einem defizitären Waldhaushalt zu, um den Wald zu schützen. Die Maxime sei, den Wald zukunftsfähig umzustrukturieren. Er selbst sei seit 2001 in Neckargemünd politisch aktiv und schon immer sei es in den Waldhaushaltssitzungen Thema gewesen, wie man den Wald so

ausrichten könne, dass er gut auf die Zukunft und den Klimawandel vorbereitet ist. Baden-Württemberg sei in der Waldforschung gut aufgestellt. Die Förster müssten zusehen, dass sie heute einen Wald so aufstellen müssten, dass das Ergebnis erst in 60-70 Jahren zu sehen sei.

Die Bürgerin erwidert, der Bürgermeister habe nun lange gesprochen, das gäbe ihr das Gefühl, nicht gehört zu werden.

Der Bürgermeister entgegnet, man müsse auch bereit sein, sich Antworten und Gegenargumente anzuhören. Er bilde sich als Bürgermeister nicht ein, schlauer zu sein als die, die einen bestimmten Beruf erlernt und lange ausgeführt haben. Man müsse auch Experten vertrauen. Jeder habe ihm bestätigt, dass die Förster im Rhein-Neckar-Kreis einen guten Job machten.

Eine weitere Vertreterin der Initiative Waldwende berichtet, in Rheinland-Pfalz würden in allen staatlichen Wäldern keine Buchen mehr eingeschlagen. Das sei auch im neuen Koalitionsvertrag festgehalten.

Der Bürgermeister antwortet, wenn man das in Neckargemünd so mache, gäbe es hier in wenigen Jahren einen reinen Buchenwald, eine Monokultur.

Die Bürgerin betont, Buchenwälder spielten eine große Rolle in der Klimaregulierung der Stadt. Sie fragt, wie die Stadt einen solchen Kahlschlag durchführen könne, wie er auf einer Fläche im Stadtwald 2023 geplant sei.

Der Bürgermeister widerspricht, es gäbe in Neckargemünd keinen Kahlschlag. Es könne im Landesgesetz nachgelesen werden, wie ein Kahlschlag rechtlich definiert werde.

Die Bürgerin fragt, wie neue Bäume nach einem Kahlschlag anwachsen sollten.

Der Bürgermeister verweist, um sich nicht zu wiederholen, auf den folgenden Vortrag des Kreisforstamts.

Die Bürgerin fragt, ob angedacht sei, den Zehnjahresplan nochmal neu aufzulegen.

Der Bürgermeister antwortet, der Zehnjahresplan sei festgeschrieben, dennoch werde der Hiebsatz fortlaufend beobachtet und angepasst.

Ein weiterer Bürger fragt, woran die Reihenfolge der Priorisierung erkennbar sein könne, wenn in den Plänen die Produktion auf Platz 1 stehe und erst dann Erholung und Erhalt folgten. Er fragt, ob man den Wortlaut dahingehend ändern könne, um ein Zeichen zu setzen.

Der Bürgermeister sagt, es habe nichts damit zu tun, was im Papier an erster oder zweiter Stelle stehe, sondern was man daraus mache. Der Gemeinderat sehe in erster Linie die Erholungsfunktion und den Erhalt des Waldes. Die Stadt könne es sich auch nicht leisten, keine Erträge zu erzielen und dann 500.000 Euro zuzuzahlen. Wenn man Holz als Baumaterial nehme, binde man damit auch CO₂. Neckargemünd habe eine Mischung aus bewirtschaftetem und stillgelegtem Wald. In Tschechien sei eine Fichten-Monokultur gezüchtet worden. Wo dort der Borkenkäfer zugeschlagen habe, sehe man heute keinen einzigen Baum mehr. Dem wolle man in Neckargemünd mit einem Mischwald gegenwirken. Der Stadt gehe es klar um die Zukunft

Der Bürger ergänzt, dass er sehr zufrieden mit dem Zustand des Waldes und der Arbeit der Förster sei und nicht zur Initiative Waldwende gehöre. Er habe nur vorgeschlagen, dass man den Text anpassen könne, um die Priorisierung zu verdeutlichen.

Eine Bürgerin fragt, warum der Neckargemünder Wald nicht das FSC-Siegel habe und wann die markierten Bäume gefällt werden.

Der Bürgermeister verweist erneut auf den noch folgenden Vortrag der Förster. Wann welcher Baum gefällt werde, könne er nicht beantworten. Nicht jede Kennzeichnung bedeute, dass er gefällt werde. Es würden auch Bäume markiert, die stehen bleiben müssten, da sie eine besondere Funktion hätten, die die anderen Bäume stützten. Auch die Frage zum Zertifikat werde im Vortrag beantwortet.

1: **Vorlage und Kenntnisnahme des Protokolls Nr. 11/2021 vom 07.12.2021**

1.1: **Sachvortrag:**

Das Protokoll liegt den Stadträten im Wortlaut vor.

1.2: **Beratung:**

Stadtrat Schimpf weist daraufhin, aufgrund seines verspäteten Erscheinens zu Sitzung auf dem Deckblatt nicht als anwesend geführt worden zu sein. In diesem Zuge fehle sein Name auch bei den namentlichen Abstimmungen zur Friedhofssatzung.

1.3: **Beschluss:**

Das Protokoll wird von den Urkundspersonen unterzeichnet und vom Gemeinderat zur Kenntnis genommen.

2: **Einbringung des Haushalts 2022 durch den Bürgermeister**

2.1: **Sachvortrag:**

Die Vorlage des FB 3 Finanzen ist dem Original-Protokoll als Anlage beigefügt.

2.2: **Beratung:**

Die Haushaltsrede des Bürgermeisters ist dem Original-Protokoll als Anlage beigefügt.

Herr Möhrle sagt zu, den Haushaltsplan noch vor Weihnachten den Stadträtinnen und -räten zuzusenden.

2.3: **Beschluss:**

Ein Beschluss des Gemeinderates ist nicht erforderlich. Der Gemeinderat nimmt den Entwurf des Haushaltes zur Kenntnis und wird diesen in einer Klausurtagung beraten.

3: **Waldhaushalt 2022**

3.1: **Sachvortrag:**

Die Vorlage des FB 3 Finanzen ist dem Original-Protokoll als Anlage beigefügt.

3.2: **Beratung:**

Der Bürgermeister betont, gerade während der Corona-Pandemie sei die besondere Bedeutung des Stadtwalds deutlich geworden.

Herr Robens geht bei seiner Präsentation punktuell auf die öffentlichkeitswirksame Kritik der Initiative Waldwende an der Waldwirtschaft des Rhein-Neckar-Kreises ein, da eine ausführliche Reaktion, den zeitlichen Rahmen sprengend. Schwer verdaulich seien für ihn die Falschbehauptungen, Unterstellungen und aus dem Kontext gerissenen Zitate. Das Kreisforstamt habe ähnliche Ziele wie die Bürgerinitiative, gehe aber völlig anderen Weg. Die Bedeutung des Biorohstoffes Holz nehme durch die Fähigkeit der CO₂-Speicherung jetzt noch zu.

Hinsichtlich des Jahresabschlusses 2020 erläutert er die starke Zunahme an „Zwangsentnahmen“, der durch Sturmschäden, Krankheiten und Parasiten erzwungenen Ernte von Bäumen. Er betont die positive Auswirkung des Programms „Waldretter“, in dem engagierte Bürgerinnen und Bürger ein zugewiesenes Stück Wald auf den Borkenkäfer untersuchten. Das Kreisforstamt setze auf Naturverjüngung, wo immer möglich, und Pflanzungen nur da, wo nötig. Dass der Vortrag hier im Plenum „zahlenlastig“ sei, sei der Kürze der Zeit geschuldet. Bei der regelmäßigen Waldbegehung gingen die Förster umfassender und detaillierter auf die Pflege und Bewirtschaftung des Waldes ein. Dass die Einnahmen im Forstjahr 2020 höher seien als geplant, läge an Mitteln aus der Bundeswaldförderung, es sei jedoch weniger Holz eingeschlagen worden. Die höheren Ausgaben ergäben sich durch Zwangsentnahmen, die an verschiedenen Orten seien und so von den Waldarbeitern nicht effizienter durchgeführt werden könnten. Der Hiebsatz werde abgesenkt, da sich die klimatischen Begebenheiten stärker geändert hätten als es vor fünf Jahren absehbar war. Im Rahmen des Vorsichtsprinzips passe das Kreisforstamt den Hiebsatz hier an.

Im Jahr 2021 habe es nur 4 % Zwangsentnahmen gegeben. Grund hierfür sei das gute Waldwetter mit seinem „wunderbar verregneten“ Sommer. Leider gäbe es hierdurch keinen Grund zur Entwarnung, denn der Grundwasserspiegel sei dadurch nicht genügend aufgefüllt worden. Noch 1000 Festmeter könnten dieses Jahr zur Entnahme dazukommen. Fichtenhiebe seien in den letzten Jahren verschoben worden, da der Fichtenmarkt so schlecht gewesen sei. Die Situation habe sich geändert und Nachfrage sei wieder da, so dass der Hieb bei der Fichte nachgeholt werde. Was jetzt an Hieb zu viel sei, werde in den folgenden Jahren weggelassen. Ein überdurchschnittlicher Bestandteil des Waldes in Neckargemünd bleibe sich selbst überlassen und werde nicht bewirtschaftet, nämlich etwa 10 %.

Herr Reinhard stellt den Plan für 2022 vor. Er verwehrt sich des Vorwurfes, die Förster würden auf die klimatischen Veränderungen nicht reagieren. Der Hiebsatz 2022 sei stark reduziert worden, ab 2023 solle er weiter auf 4000 Festmeter reduziert werden. Die Douglasie solle nach und nach die Fichte ersetzen und maximal 10 % der Waldfläche einnehmen, denn die Douglasie sei ein guter Baustoff und gut anwachsend. Das Kreisforstamt setze auf bekannte Baumarten. Die Eiche komme mit Trockenjahren besser zurecht als die Buche. Er erläutert anhand der Altersstruktur des Waldes, warum im alten Buchenbestand eingeschlagen werden müsse, um jungen Eichen eine Chance zu geben. Die Pflege vieler Baumarten bringe keinen höheren Profit, sondern diene einzig dem Erhalt eines gesunden Mischwalds. Im Jahr 2022 ergäbe sich ein Defizit durch die Senkung des Hiebsatzes. Ohne eigene Waldarbeiter wäre die Haushaltsplanung im positiven Bereich. Die eigenen Waldarbeiter seien in Geld nicht aufzuwiegen. Wenn ein Baum über den Weg falle,

könne er in kurzer Zeit entfernt werden, anders wäre es mit einem externen Dienstleister.

Herr Reinhard geht auf die Äußerung von der Bürgerin in der Bürgerfragestunde ein, sie fühle sich nicht gehört. Sie hätten seit zwei Jahren Kontakt und hätten Stunden geredet und im Briefkontakt gestanden. Er habe die beiden Damen aus der Bevölkerung am häufigsten gehört. Sie sei vielleicht nicht *erhört*, aber *gehört* worden. Der von der Initiative Waldwende berufene Greenpeace-Experte läge in seiner Expertise aus fachlicher Sicht schwer daneben und unterstelle den Förstern, sie würden eine Straftat begehen. Er selbst fühle sich auch nicht gehört, wenn er mehrmals sage, dass der Hiebsatz den Klimaveränderungen angepasst werde und die Initiative Waldwende weiter falsche und alte Zahlen veröffentliche. Er äußert den Wunsch, dass sich jeder Gesprächspartner den Satz zu Herzen nehme: „Auch ich kann mich irren.“ So gehe er selbst in jede Diskussion. Die Diskussion müsse fair, wertschätzend und kompromissbereit geführt werden - nicht so, dass man mit einer festgesetzten Sicht und einer bestimmten Vorstellung in die Diskussion gehe und wenn genau die Vorstellung nicht umgesetzt werde, sich nicht gehört fühle.

Stadtrat Fritsch fragt, was unter dem Posten „Sozialfunktion“ zu verstehen sei.

Herr Reinhard zählt hierzu Verkehrssicherungsmaßnahmen, Räumungs- und Erholungsvorsorge auf.

Stadtrat Fritsch fragt nach dem Posten „Verrechnung Bauhof“

Herr Reinhard erklärt, dass die Waldarbeiter Winterdienst im Wald für die Stadt übernehmen und dies hierüber verrechnet werde.

Stadtrat Fritsch fragt, warum die Neckarriedkopfhütte hier nicht als Kostenpunkt erscheine.

Der Bürgermeister erläutert, dass die Hütte Teil des städtischen Haushalts sei. Im Waldhaushalt gehe es darum, was vom Kreisforstamt und den Waldarbeitern geleistet werde.

Stadtrat Fritsch fragt, ob die Stadt Gelder vom Land bekommen könne, da die Schäden durch Wildverbiss und Wildschweine höhere Kosten erzeugten.

Der Bürgermeister verneint dies. Jagdpacht sei auch ein anders Thema als Forst. Im Wald gäbe es keinen monetären Wildschaden.

Stadträtin Geißler verliert die Stellungnahme der Fraktion der Grünen. Sie dankt den Förstern für die gute Arbeit. Ihre Fraktion befürworte alle Maßnahmen, die den Wald stärkten. Im Jahr 2023 sollten 250 Bäume in einem größeren Bestand gefällt werden und die verbleibende Anzahl an Habitatbäumen bereite den Grünen Sorge. Sie bittet die Förster, zwei Habitatgruppen auszuweisen. Weiter bitten die Grünen um eine Fledermauserfassung, um den Erfolg der stillgelegten Waldgebiete zu erfassen. Auch die FSC-Zertifizierung werde von der Fraktion der Grünen seit langem gefordert. Viele Kriterien würden hierfür bereits erfüllt und der bürokratische Mehraufwand könne auch Entlastung bringen, wenn die Arbeit der Förster durch ein externes Controlling gewürdigt werde. Die Grünen wünschen sich zudem eine Untersuchung der Ökosystem-Dienstleistung des Waldes, die beim Waldhaushalt miteinbezogen werden könne. Eine einzuberufende Waldkommission solle sich mit diesen Fragen beschäftigen, bestehend aus Förster, Vertreter der Fraktionen und Fraktionslose, Klimaschutzbeirat und Naturschutzverbänden.

Der Bürgermeister spricht sich gegen eine weitere Kommission aus, das gewählte Gremium solle über Waldfragen entscheiden. Es gäbe eine Waldbegehung, an der manche Stadträtinnen und Stadträte nicht teilgenommen hätten, obwohl sie die Chance hatten, die Informationen direkt von den Experten zu bekommen.

Stadtrat Rehberger verliest die Stellungnahme der Fraktion der Freien Wähler. Sie ist dem Original-Protokoll als Anlage beigefügt. Er lobt die Arbeit der Förster, die die unterschiedlichen Ansprüche und Funktionen des Waldes unter einen Hut bringe. In den letzten 200 Jahren habe sich der Holzbestand im Stadtwald nahezu verdoppelt. Der „Experte“ der Initiative Waldwende vertrete Ansichten, die nicht wissenschaftlich fundiert seien und in der Forstwissenschaft kritisch gesehen würden.

Stadträtin von Reumont verliest die Stellungnahme der CDU-Fraktion. Es gäbe den Vorrednern wenig Neues hinzuzufügen. Sie dankt dem Kreisforstamt nicht nur für die vielen Einblicke, sondern auch die gut erklärenden, detaillierten Vorträge. Sie dankt auch den Waldarbeitern und „Waldrettern“. Die CDU-Fraktion stimme dem Waldhaushalt 2022 zu. Das Verhältnis zwischen Waldbewirtschaftern und Naturschützern sei traditionell von Konflikten geprägt. Schade sei, dass so emotional argumentiert werde. Die CDU-Fraktion wünsche sich eine Versachlichung. Sie habe die Briefe und Zeitungsberichte der Initiative Waldwende aufmerksam gelesen und den Film gesehen. Es sei schwer, sich als Laie eine eigene Meinung zu bilden. Die CDU erlebe die Förster Reinhard und Robens als sehr vorausschauend, achtsam und vertraue ihnen, bliebe kritisch und setze sich miteinander auseinander. Bürger beteiligten sich heute anders, sie engagierten sich nicht mehr in politischen Verbänden und Parteien, sondern für einzelne Projekte, die ihnen am Herzen lägen. Auch die CDU-Fraktion wünsche sich, dass ein Bürgerbeteiligungskonzept gefördert werde, damit ein konstruktiver Dialog stattfinden könne, beispielsweise basierend auf den sieben Thesen des Nabu.

Stadtrat Schimpf verliest die Stellungnahme der SPD-Fraktion. Wenn die Initiative Waldwende die Vorgehensweise in Rheinland-Pfalz lobe, solle sie sich an die Landesregierung wenden. Das Kreisforstamt müsse sich auch danach richten, was das Bundesland dem Forst vorgäbe. Er betont die Bedeutung der Mischwaldverstärkung und dass mehr Mitglieder des Gemeinderats an der Waldbegehung hätten teilnehmen können. Die Förster böten auch der Bürgerschaft und Schulklassen Waldrundgänge auf Anfrage an. Die SPD-Fraktion hoffe, dass ein Gespräch zwischen dem Gemeinderat und der Initiative Waldwende zustande komme, allerdings in undogmatischer, offener Form wie es Herr Reinhard angeregt habe – nämlich, dass man auf die Argumente der anderen eingehe.

Stadtrat Fritsch sagt, der Wald werde in die Pflicht genommen. Er sei Nationalpark, Naturschutz und Zuhause der Tiere und der Menschen. Jetzt ziehe es den Menschen immer mehr zu ihm, coronabedingt. Er lobt die Förster für die Aufstellung des Waldhaushalts und die gute Hand beim Holzvertrieb. Er dankt, dass sie hier auch Privatwaldbesitzern helfen. Der Lössboden in Neckargemünd halte die Feuchtigkeit. Andere Kommunen mit Sandböden hätten ein größeres Problem bei Trockenheit. Der Wald sei eine Kapitalanlage für kleine Sparfüchse.

Stadtrat La Licata verkündet, er fasse sich kurz und gäbe die textliche Rede zum Protokollanhang. Die Bürgerinitiative betone immer „die Wissenschaft“. Streit sei wissenschaftstheoretisch wichtig. Wenn man auf wissenschaftlichen Studien basierende Fakten als „Müll“ abtue, sei das nicht mehr wissenschaftlich und ärgere ihn. Er werde dem Waldhaushalt zustimmen. Einer FSC-Zertifizierung werde er nicht zustimmen und empfiehlt die Lektüre „Schwarzbuch FSC“.

Der Bürgermeister sagt, der Unterschied der Zertifikate sei im Zeitaufwand und den Kosten, aber nicht in der Qualität. Er äußert seinen Unmut über die heutigen Aktivitäten von „Greenpeace“, die er früher sehr bewundert habe.

3.3: **Beschluss:**

Der Gemeinderat stimmt dem Waldhaushalt 2022 einstimmig zu:

Produkt 5550, Forstwirtschaft

Sachkonto	Erträge	Betrag in EUR
31480000	Zuweisungen und Zuschüsse	53.300
34110000	Mieten und Pachten	14.200
34210000	Erträge aus Verkauf	273.100
34210100	Vermischte Erträge	800
		<u>341.400</u>
Sachkonto	Aufwendungen	
40000000	Personalausgaben	118.000
42110000	Unterhaltung Grundstücke / Felssicherung	56.000
42220000	Erwerb von geringw. Vermögensgegenständen	4.000
42510000	Haltung von Fahrzeugen	5.300
42610000	Bes. Aufwendungen für Beschäftigte	2.000
42710100	Ernte von Forsterzeugnissen 1	159.000
42710200	Kulturen	1.400
42710500	Erschließung	15.000
42710600	Sozialfunktion	500
44310400	Telefon / Datenkommunikation	100
44410000	Steuern, Abgaben, Versicherungen	12.300
44520000	Erstattung Verwaltungs- u. Betriebsausgaben	71.000
48110000	Aufw. Verrechnung Bauhof	10.800
		<u>455.400</u>

4: **Änderung der Satzung für die Freiwillige Feuerwehr Neckargemünd mit Abteilungen (Feuerwehrsatzung - FwSAbt)**

4.1: **Sachvortrag:**

Die Vorlage des FB 4 Bürgerdienste, Sicherheit, Ordnung ist dem Original-Protokoll als Anlage beigefügt.

4.2: **Beratung:**

Herr Horvath erklärt, die bisherige Satzung sei veraltet, es fehle bspw. die Kinderfeuerwehr.

Stadtrat Dr. Rothe weist auf drei redaktionelle Schreibfehler in der Satzung hin.

4.3: **Beschluss:**

Der Gemeinderat beschließt einstimmig die Satzung für die Freiwillige Feuerwehr Neckargemünd mit Abteilungen (Feuerwehrsatzung _FwSAbt).

5: **Änderung der Satzung über die Entschädigung der ehrenamtlich tätigen Angehörigen der Freiwilligen Feuerwehr Neckargemünd / Feuerwehr-Entschädigungssatzung (FwES)**

5.1: **Sachvortrag:**

Die Vorlage des FB 4 Bürgerdienste, Sicherheit, Ordnung ist dem Original-Protokoll als Anlage beigefügt.

5.2: **Beratung:**

Stadtrat Dr. Rothe weist auf drei redaktionelle Schreibfehler in der Satzung hin.

5.3: **Beschluss:**

Der Gemeinderat beschließt einstimmig die Änderung der Satzung über die Entschädigung der ehrenamtlich tätigen Angehörigen der Freiwilligen Feuerwehr Neckargemünd/Feuerwehrentschädigungssatzung (FwES).

6: **Änderung der Satzung über die Benutzung von Obdachlosen- und Flüchtlingsunterkünften vom 02.05.2017 – Änderung der Anlage 1 (Objekt- und Gebührenverzeichnis)**

6.1: **Sachvortrag:**

Die Vorlage des FB 4 Bürgerdienste, Sicherheit, Ordnung ist dem Original-Protokoll als Anlage beigefügt.

6.2: **Beratung:**

Stadträtin Striegel fragt, woher die starken Schwankungen bei der Betriebskostenpauschale rührten, wo doch die Mietkosten recht ähnlich seien.

Herr Horvath erläutert, dass beispielsweise im Objekt in der Pfluggasse 1 vier Personen auf einer größeren Wohnfläche untergebracht seien als in der Unterkunft in der Güterbahnhofstraße, in der 38 Personen untergebracht seien. Die Kosten für beispielsweise die Müllentsorgung würden einmal durch vier und einmal durch 38 geteilt. Dazu kämen unterschiedliche Heizarten und ähnliches.

Stadtrat Fritsch fragt, ob die Unterschiede mit den Personen zusammenhängen könnten, die dort wohnen oder mit der Mülltrennung.

Herr Horvath verneint ersteres und erläutert die Unterschiede mit einer weiteren Beispielrechnung.

6.3: **Beschluss:**

Der Gemeinderat beschließt die Änderung der Anlage 1 (Objekt – und Gebührenverzeichnis) mehrheitlich bei einer Enthaltung.

7: **Mitteilungen und Anfragen**

7.1: **Förderprogramm Smart Cities – Teilprojekt: Freiräume**

Der Bürgermeister erörtert die Beteiligung der Stadt mit der Villa Menzer am Teilprojekt „Freiräume“ des Förderprogramms „Smart Cities“. Es werde eine Kooperationsvereinbarung der beiden wahrscheinlich beteiligten Städte Neckargemünd und Eberbach geben. Er kündigt eine Pressemitteilung des Rhein-Neckar-Kreises am Folgetag an.

Frau Holzer fügt hinzu, dass der Rhein-Neckar-Kreis, der die Förderung erhalten habe und nun Gemeinden daran beteilige, von einer Agentur begleitet werde, die Erfahrung mit Co-Working-Spaces habe.

Der Bürgermeister erklärt, dass es mit der Stadt Eberbach schon lange eine gute Kooperation im Rahmen der Romantischen Vier gäbe. Ressourcenmäßig müsste eventuell Frau Holzer ihre Wochenstunden anheben, um dies zu organisieren.

Stadträtin Schlüchtermann fragt, ob die Entscheidungshoheit trotz Beteiligung einer Agentur bei der Stadt bleibe.

Der Bürgermeister antwortet, die Agentur gäbe Ratschläge und mache dem Kreis keine Vorgaben.

Frau Holzer erläutert, dass es beispielsweise Beteiligungsworkshops geben werde, die die Agentur konzeptionell vorarbeite.

Stadträtin Dr. Welter verlässt die Sitzung.

Frau Holzer berichtet, dass die Förderung bis 2026 laufe. Der Rhein-Neckar-Kreis suche dann nach weiterführenden Fördermitteln.

7.2: **Weihnachtspresente und -grüße**

Stadtrat Rehberger dankt der Verwaltung für die Weihnachtsgrüße und die netten Presente an alle Mitglieder des Gemeinderats.

7.3: **Online-Veröffentlichung der Protokolle**

Stadträtin Groesser bittet darum, die Wortbeiträge, die in Textform als Anlage für das Protokoll abgegeben würden, in der Online-Veröffentlichung, wie alle Anhänge, fehlten. Sie bittet, sie entweder im Protokoll zu verlinken, als Anlage online hinzuzufügen oder in den Fließtext einzufügen.

Der Bürgermeister stimmt zu und sagt, die Redebeiträge müssten auch online verfügbar sein.

7.4: **Ganztagsgrundschule**

Stadträtin Groesser erinnert daran, dass die Grundschulen ab 2025 zur Ganztagschule werden müssten. Das Thema müsse jetzt angegangen werden. Der Bürgermeister stimmt dem zu.

7.5: **Lärmaktionsplan**

Stadträtin Groesser gibt an, vom Regierungspräsidium gemeldet bekommen zu habe, dass der Lärmaktionsplan immer noch nicht beim Landratsamt angekommen sei. Der Bürgermeister sagt, das könne nicht stimmen. Ein Mitarbeiter des Regierungspräsidiums habe im Juni Fragen zum Lärmaktionsplan gestellt und kein Wort gesagt, dass der Plan gar nicht vorliege. Der Plan sei nun schon dreimal an Regierungspräsidium, Landratsamt und Verkehrsministerium verschickt worden.

7.6: **Informationen aus dem Krisenstab**

Stadträtin Groesser fragt, wann dem Gemeinderat der Katastrophenplan vorgelegt werde. Der Bürgermeister erklärt, aufgrund der „Vierten Coronawelle“ sei die Verwaltung gerade massiv unter Arbeitsdruck. Die Stadtverwaltung habe schon im Februar 2020 Corona zur Krise erklärt. Herr Weinmann habe damals gesagt: „Wir können Hochwasser, Feuer und Starkregen. Jetzt lernen wir Pandemie.“ Er sagt, die Verwaltung könne wieder dokumentieren, wenn sie wieder zum Atmen komme.

7.7: **Einbruchschutz an der Menzer Villa**

Stadtrat Fritsch erzählt, er sehe immer dunkle Gestalten an der Menzer Villa und fragt, ob sie gut gesichert sei. Der Bürgermeister antwortet, das sei dann Sache des Betreibers. Die Alarmanlage funktioniere.

7.8: **L-Steine verschönern**

Stadtrat Fritsch kommt auf die L-Steine an den Neubauten gegenüber des Schulzentrums zu sprechen. Bevor diese durch Graffiti beschmiert würden, sollte man sie mit Landschaftsbildern bemalen ähnlich der Verteilerkastenaktion mit einem regionalen Künstler.

Der Bürgermeister weist darauf hin, dass die Baumaßnahme noch nicht gänzlich abgeschlossen sei. Zur Not sei so eine Aktion auch noch durchführbar, wenn bereits Graffiti aufgetragen seien.

Der Bürgermeister

Die Urkundspersonen
Stadträtin Geißler

Die Schriftführerin

Stadtrat Fritsch